

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XI.

DECEMBRIE
DECEMBRE
DEZEMBER

1933.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

12

Unsere Angelegenheit als Probi- stein der europäischen Politik.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Dadurch, dass die Grossmächte in Verbindung mit den Friedensverträgen mit einigen Staaten Sonderverträge schlossen, womit sie die Rechte der Staatsbürger anderer Muttersprache und Religion zu sichern trachteten, gelangte anstelle des bisdahin als Nationalitätenfrage bekannten Problems nun die Frage der Nationalminderheiten. Zwischen beiden besteht nämlich ein wesentlicher Unterschied. In der Vorkriegszeit war die Nationalitätenfrage ausschliessliche Innerangelegenheit der einzelnen Länder, die Sonderverträge aber hoben diese aus den Innerangelegenheiten heraus und machten aus der Nationalminderheitenfrage eine internationale Rechtsfrage, das heisst eine solche, in welcher Jeder sein Wort erheben kann, der für den Frieden Europas besorgt ist und womit sich alle Regierungen, die im Völkerbund vertreten sind, pflichtgemäss beschäftigen müssen.

Der Umstand, dass unsere Angelegenheit bereits internationale Beziehungen aufweist, macht es zu unserer Pflicht, das internationale Leben zu beobachten und den Ereignissen, die sich auf der Weltbühne abspielen, die auch für uns von grosser Tragweite sein können, nicht teilnahmslos zuzusehen. Auch wir müssen uns mit Erscheinungen befassen, wie zum Beispiel Deutschlands Austreten aus dem Völkerbund. Auch wir müssen mit den Gründen bekannt werden, die Deutschland zu diesem Schritt veranlassten und uns den Eindruck vergegenwärtigen, den dieser Schritt bei den anderen Regierungen machte.

Deutschland begründete seinen Austritt damit, dass es von

dem Völkerbund ohnehin kein Ergebnis erreichen kann, da seine Gleichberechtigung nicht anerkannt wird und während von ihm das genaue Einhalten der Friedensverträge gefordert wird, unterdessen bewaffnen sich die siegreichen Mächte fieberhaft und wollen nichts vom Abrüsten hören, obwohl die Friedensverträge von ihnen ebenso die Abrüstung fordern. Frankreich vertritt demgegenüber den Standpunkt, dass, nachdem Deutschland geheim zurüstet, dadurch Frankreichs Sicherheit bedroht ist und demnach nicht abrüsten kann, wohl aber wünscht es, dass Deutschlands geheimes Zurüsten verhindert werde.

Wir Nationalminderheiten hören Frankreichs Argumentationen nur mit Lächeln. Bewaffnen denn auch wir uns ingeheim, bergen wir mörderische Gase und Tanks? Ist denn Frankreichs Sicherheit auch dadurch gefährdet, dass die in ganz Europa verstreut lebenden Nationalminderheiten beanspruchen, z. B. in der Verwaltung die eigene Sprache gebrauchen zu können?

Was hat Frankreich während der dreizehn Jahre getan, um einen Zustand zu verwirklichen, der nach Frankreichs Auffassung zum Entstehen des wirklichen Friedens in Europa auch unentbehrlich ist? Welchem seiner Freunde oder Verbündeten gab es auch nur einmal den Rat: erfülle Deine beim Friedensschluss übernommene Verpflichtung?

Dass Frankreich nicht die eigene Sicherheit von Deutschland aus bedroht sieht, sondern vielmehr alle seine Kriegs- und politische Beute, die es im Jahre 1919 mit bewaffneter Hand und mit Täuschung der Gutgläubigen zusammenraffte, unbedingt festhalten will und dass diese Haltung die einseitige Verletzung der Friedensverträge bedeutet, beweist nichts deutlicher, als das Benehmen, welches Frankreich während der vergangenen dreizehn Jahre zeigte.

Als Gegenbeweis von Frankreichs gutem Glauben braucht sich Deutschlands Regierung auf nichts anderes zu berufen, als auf die Behandlung der Minderheitenfrage vonseiten des Völkerbundes. Wie sehr diese Behandlung den europäischen Interessen entgegen, bloss gemäss der Sympathie oder der Machtinteressen Frankreichs geschieht, beweist wieder nichts deutlicher, als dass die Erledigung der unsererseits eingereichten Petitionen Jahre beansprucht, während aber gegen Deutschland Petitionen eingereicht werden, diese binnen acht Wochen Erledigung finden.

Die derartige Behandlung unserer Sache erweckte in jedem unbefangenen Politiker Europas die Überzeugung, dass der Völkerbund in seinem gegenwärtigen Gefüge unhaltbar ist. Denn wenn eine solche internationale Institution binnen dreizehn Jahren keine Mittel und Wege fand, eine ihrer wichtigsten, dabei nicht einmal schwierigen Aufgabe nachzukommen, so ist diese, nünmehr unzweifelhaft, nicht Verteidiger einer Universalidee, sondern dient nur den Interessen einzelner, geht also aus eigener Schuld zugrunde. Wie meint solch eine Körperschaft in einer wahrhaft entscheidenden Frage, wie die der Entwaffnung ist, zu einem Ergebnis zu gelangen?

Unsere Angelegenheit also, — die Minderheitenfrage — wurde der Proberstein der europäischen Politik. Wir wissen aber aus der Naturwissenschaft, dass diese Probersteine unter gewissen äusseren Einwirkungen sich auch verändern. Dasselbe beobachten wir bei der Minderheitenfrage. Wir, zerstreut lebende Nationalminderheiten, versuchten anfangs auch nur zuhause unsere, in den internationalen Verträgen verbürgten Rechte geltend zu machen. Wir baten und flehten, gaben in der Presse, im Parlament Aufklärungen und hunderterlei Zeichen unserer Loyalität. Unsere Regierungen aber hielten sich an das französische Rezept. So wie die Franzosen ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen verleugneten wegen der „geheimen deutschen Bewaffnung“, ebenso verleugneten sie unsere Regierungen wegen der „geheimen Irredenta.“

Dies wahrnehmend, nahmen wir in unserem Kampf auch eine andere Waffe in Anspruch und dadurch veränderte sich teilweise die Behandlung der Minderheitenfrage. Wir beschlossen, uns international zu organisieren, jährlich an Kongressen zusammenzutreten und die Prinzipien zu besprechen, unter deren Beachtung die Angelegenheit der Nationalminderheiten als universelles Problem lösbar wäre. Ausserdem beschlossen die Nationalminderheiten, einander beobachtend vor der öffentlichen Meinung ihre Beschwerden vorzubringen.

Neun solche Kongresse wurden abgehalten und es gelang damit, die Aufmerksamkeit der Welt wachzurufen, doch ergaben diese für unsere Lage ebenso wenig Besserung, wie unsere, zum Völkerbund eingereichten Klagen.

Es ist also nicht zu verwundern, dass dieser politische Proberstein die Frage der Nationalminderheiten, jetzt eine dritte,

stetige Umwandlung durchmacht, deren Wahrzeichen besonders im Durchdringen der Hitlerischen Idee, im Gebiet der Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen wahrzunehmen ist.

Dieses Durchdringen ist viel bedeutungsvoller, als Viele meinen. Wenn wir aber dessen politische und moralische Ursache prüfen, so werden wir gewahr, dass die Engherzigkeit der Regierungen gegenüber der Nationalminderheiten die Ursache dieser Erscheinung ist. Denn die bisherigen Führer, deren loyale, ruhige Politik einzig die Beanspruchung ihrer vertraglich verbürgten Rechte war, erzielten kein Ergebnis, so ist es nur natürlich, dass die Massen angesichts dieser Erfolglosigkeit eine neue Idee suchen und durch die Verwirklichung einer neuen Ideologie hoffen, ihr Minderheitenlos erträglicher zu gestalten.

Doch auch in dieser dritten Phase der Minderheitenfrage bedeutet es keine Gefahr für die Staatsmächte, wenn diese die moralischen Triebfedern der Frage kennen lernen und einsehen, dass diese dritte Phase eben die Folge ihrer bisher verfolgten unseligen Politik ist. Gefährlich wird es aber, wenn die Staatsmacht nur ihre rohe Gewalt entgegensetzt, wie das im Falle der Sudetendeutschen ersichtlich ist und wie es bei uns einige Politiker gerne sehen möchten. Belagerungszustand wünschen diese und vergessen, dass einer der grössten politischen Geister Europas, Graf Cavour den Ausspruch tat: „Mit Belagerungszustand kann jeder Esel eine Zeit lang regieren.“ Nicht Belagerungszustand, nicht die Furcht vor der Irredenta zu verbreiten gilt es, um diesen Probiertestein der europäischen Politik, die Minderheitenfrage zu lösen, sondern den ehrlichen Willen, dass die Regierungen endlich einmal die wirkliche Wilson'sche Idee zur Geltung bringen, die bisher nur verhöhnt wurde.

Statutul Catolic Ardelean și Acordul de la Roma.

A apărut acum la Cluj sub acest titlu o broșura, în care episcopia catolică de Alba-Iulia publică recursul, înaintat în contra unei sentințe, atacată cu recurs, a Tribunalului Cluj, care contesta valabilitatea acordului, încheiat între Statul Român și Sfântul-Scaun la Roma, la 30 Mai 1933.

Publicăm în cele, ce urmează, cuvântul de introducere a Dlui senator *Dr. E. Gyárfás*, care în calitatea sa de președinte laic al Consiliului Diecezan, dă un scurt și clar rezumat al întregii probleme :

În Octomvrie 1933 s'a publicat și s'a divulgat pe străzile Clujului o broșură, intitulată : „Statului Catolic Ardelean și acordul dela Roma în fața Justiției”, conținând sentința nedefinitivă și atacată cu recurs No. 51—1932, din 4 Iulie 1933 a Tribunalului Cluj și o încheiere a Dlui Emil Pușcariu, judecător la Tribunalul Cluj, care a pronunțat și redactat această sentință — precum o mărturisește însăși broșura.

Este cel puțin ciudat și curios a da publicității o sentință, supusă încă examinării instanțelor superioare și este poate și mai ciudat, ca un judecător să-și apere și să justifice personal în fața publicității sentința sa nedefinitivă. Nu este însă aici locul să ne ocupăm cu atitudinea extraordinară, pe care o lăsăm la aprecierea celor competenți.

Scopul publicațiunii era clară. S'a urmărit influențarea opiniei publice și crearea unei atmosfere, neprielnice și chiar dușmănoasă instituțiunilor catolice atacate.

Aceasta se declară fățiș în introducere, spunând că publicațiunea s'a făcut „spre a pregăti . . . opinia publică a țării, care trebuie să ceară în mod hotărît, ca guvernul să dea cursul cuvenit sentințelor justiției.

Deci, ceice ne atacă, nu s'au bizuit pe argumente juridice și motive de drept, ca acestea să convingă instanta judecătorească superioară, care va avea să se pronunțe, ci au pus întreaga lor speranță în alarmarea opiniei publice, ca aceasta să constrângă pe guvernanții noștri de a lua măsuri, pe care — fără o influențare din afară — aceștia n'ar lua-o.

Scopul de influențare și chiar de intimidare este deci manifestat și autorii o spun clar, exprimându-și nădejdea, că „nu se va găsi niciodată un Guvern român, care să ceară Parlamentului ratificarea Acordului” . . . și că „nu se va găsi un Parlament, care să ratifice o astfel de monstruoziitate, etc.”

Noi, cetățenii leali, cu simțul de drept, cu încredere în dreptatea cauzei noastre și în imparțialitatea justiției românești, am păcătui în contra propriilor noastre convingeri, dacă am urma pe adversarii noștri pe această cale și am încerca și noi, să mobilizăm opinia publică în favorul tezei noastre, arătându-i

primejdia, care amenință instituțiile noastre strămoșești și demascând vădita rea credință a aceluia, cari n'au alt scop, decât a pune mâna pe ultimele lăcașuri culturale și sfinte, care ne-au mai rămas din naufragiu.

O tăcere completă din partea noastră ar fi însă la fel greșită.

Broșura s'a împărțit în multe exemplare intelectualilor și din studiul Dlui Emil Pușcariu vedem cu durere, că chiar și un magistrat luminat era indus complet în eroare — precum o vom dovedi mai jos — prin informațiuni și afirmațiuni greșite și false, tendențios grupate și neincetat trâmbițate în urechile publicului.

Ținem deci, să punem la punct greșelile și să luminăm pe cei induși în eroare, arătându-le starea adevărată a lucrurilor.

Am găsit, că mijlocul cel mai potrivit de apărare este, să răspundem cu aceleași arme, publicând recursul nostru, înaintat la 18 Octombrie 1933 în contra sentinței divulgate, chiar și riscând, să comitem la fel o indiscreție, care ne-a fost însă de-a dreptul impusă prin procedarea neobișnuită a adversarilor noștri, deoarece cei, cari au citit sentința publicată, nu pot fi lămurii pe deplin decât în cazul, dacă vor putea ceti în întregime și răspunsul nostru, adevăratul recursul, prin care am atacat această sentință.

Respectând însă unele susceptibilități și dorind, să evităm o alarmare inutilă, ne adresăm numai cercurilor, către care s'a adresat și broșura adversarilor noștri și publicăm deocamdată răspunsul nostru numai în limba românească.

Având în vedere, că pe lângă formalismul procedurii noastre de casare, recursul trebuia să se extindă fatal la toate amănuntele, care vor putea fi importante pentru lămurirea instanței și soluționarea juridică a problemei, îmi permit a rezuma aici, în puține cuvinte, punctele cele mai esențiale, spre a înlesni cetitorului mai grăbit, să se lămurească ușor asupra problemelor litigioase, discutate cu atâta vehemență.

Stat și Ștatuș.

Ca introducere: o mică istorie și etimologie.

„Status Catholicus Transsylvaniensis” nu era nici-odată un stat politic, nici în înțelesul de azi al cuvântului, nici în sensul secolelor trecute, ci a însemnat totalitatea, universalitatea cre-

dincioșilor catolici de rit latin din Ardeal, iar adunările acestui „Status Catholicus” s’au format din delegați dietali și regaliști catolici – azi li-s’ar zice parlamentari – cari au discutat, împreună cu înalți demnitari catolici, agendele bisericești, în primul rând cu ocaziunea dietelor. La fel s’au organizat, tot pe baza legii Approbatae Constitutiones și diferitele culte protestante.

N’a trecut nici-odată nimănu prin gând, să vadă în acest „Status Catholicus” o organizație concurentă cu statul politic. Așa ceva n’a îndrăznit să afirme în trecut nici-unul din adversarii noștri.

Trebuia însă o armă, spre a putea crea o atmosferă nefavorabilă în jurul nostru și spre a trezi unele susceptibilități. Actele și faptele noastre – corecte, leale și ireproșabile – nu erau potrivite spre a ajunge la acest scop. Au botezat deci bietul nostru „Status” în „Stat Catholic” și au apărut cărți și articole cu inscripțiuni impresionante : „Stat în Stat”.

Și nu putem contesta, că machinațiunea a prins și a influențat pe cei neinițiați.

Eu nu pot împiedeca pe nici-un particular, ca să nu transforme numele meu după placul său. Am văzut nenumerate-ori numele meu scris fonetic : Ghiarfaș, etc.

Autoritățile și instanțele judecătorești sunt obligate însă a respecta chiar și ortografia numelui meu.

Se întâmplă pentru prima oară în sentința Tribunalului Cluj, publicat în broșura amintită, ca o instanță judecătorească să nesocotească denumirea noastră oficială, – respectată și de partea adversă în proces – și să întrebuițeze – pe lângă argumentările – și nomenclatura acelora, cari au deslănțuit această campanie.

Fiecare om de bună-credință își va crea ușor o iconă clară despre aceste manopere.

Noi, chiar în vederea acestora, am consimțit cu ocaziunea încheierii acordului, ca vechea denumire a Ștatușului să fie schimbată în Consiliul Diecezan.

Cei cari ne numesc și azi „Stat Catholic”, sau nu cunosc nici trecutul și nici prezentul organizației noastre, sau – nu sunt de bună credință!

Cum stăm cu fundațiunea Báthory ?

S'a vorbit și s'a scris foarte mult în jurul fundațiunei făcută de principele Transilvaniei și Regele Poloniei : Ștefan Báthory în 1581 și 1583. Adversarii noștri își întemeiază pe acest act de fundațiune drepturile afirmative ale Universității actuale din Cluj asupra fondului nostru de studii. Este deci necesar, să lămurim, înainte de toate :

1. Ce fel de averi au format fundațiunea Báthory ?
2. Ce fel de instituție s'a fondat de fapt în 1581 ?
3. Ce s'a întâmplat cu aceste averi și cu instituțiunea fondată ?

1. Bunurile, din care principele Báthory a format fundațiunea sa în 1581, s'a compus din două elemente :

- a) biserica fostă franciscană și două mănăstiri părăsite la Cluj, în strada lupilor (azi Strada Cogălniceanu),
- b) moșiile benedictinilor din Cluj-Mănăștur și jur.

Ambele categorii de bunuri au fost de origine catolice, călugărești și au ajuns gratuit în mâinile protestanților, în urma expulzării cu forța a proprietarilor legitimi, franciscanii și benedictinii.

Principele Báthory n'a ocupat însă aceste averi cu forța și pe titlu gratuit, ci le-a răscumpărat cu mijloacele sale proprii (propr̄iis nostr̄is sumptibus).

S'a răscumpărat deci cu bani particulari pe seama catolicilor, ceea ce li-s'a luat înainte de câteva decenii pe titlu gratuit, cu toate, că ar fi avut tot dreptul a pretinde și o restituire gratuită.

2. Principele Báthory a fondat un colegiu iesuit, fixând în liniile generale atât scopul fundațiunei, cât și menirea școliei.

Obiectele de fapt predate dovedesc, că instituțiunea fondată era în esență o școală secundară, după noțiunile noastre de azi. Aceasta o arată pe lângă materiile predate și declarațiunea fondatorului, spunând, că va cere mai târziu dela Papa ridicarea școliei la rangul de Universitate, ceea ce însă nu s'a făcut, adecă școala superioară proiectată n'a luat ființă.

Scopul fundațiunei este și mai clar precizat. Scopul era exclusiv bisericesc și catolic. Fondatorul îl arată precis, spunând, că dorește să combată prin această școală „erorile religioase, în cari s'a implicat provincia sa”, Transilvania.

S'a fondat deci în 1581 o școală secundară catolică, cu scopul bisericesc și catolic bine determinat, iar la cheltuelile seminarului fondat în 1593 a contribuit anual cu jumătate Șfântul Scaun, fiind seminarul acesta destinat și creșterii preoției.

Acest colegiu al iesuiților n'are nimic comun cu actuala Universitate a Statului din Cluj, nici cu antecesorul ei, cu universitatea maghiară, înființată în 1872, fără a face atunci cea mai mică aluzie la vre-o instituție deja existentă, a cărei succesoară ar fi fost Universitatea cea nouă.

3. Institutul, fondat de principele Báthory — orișicare ar fi fost el — precum și averea donată, au rămas abea două decenii pe mâna iesuiților, deoarece aceștia au fost expulzați deja la începutul secolului XVII. din Ardeal, în 1603.

Biserica și mănăstirile, unde a fost instalat colegiul iesuit prin principele Báthory, au ajuns în posesiunea calvinilor și sunt și astăzi în mâinile acestora. Orișice drepturi ar avea deci Universitatea din Cluj asupra bisericii și colegiului, fondat de Báthory, nu le poate îndrepta în contra noastră, cari nu suntem în posesiunea acestora.

Iar moșia din Mănăștur, fostă a benedictinilor, a trecut — tot pe titlu gratuit — între fiscalități și a rămas în această administrare aproape un veac, până la 1693.

Din toate acestea se vede clar, că pe titlul fundației Báthory nu poate pretinde nimeni nimic dela noi.

Colegiul iesuit al doilea.

Cu trecerea Transilvaniei sub sceptrul Habsburgilor, — dinastia catolică, — catolicii, natural, că au revendicat aceste averi, care au fost de origine catolice și au fost răscumpărate în 1581 pe seama lor.

Este anexată la recursul nostru Diploma supletorie a împăratului Leopold I din 1693, care stabilește condițiunile, după care această avere s'a răscumpărat și a doua oară pe seama catolicilor.

Iar spre a evita orice îndoială despre natura juridică și dreptul de proprietate al acestor bunuri, legea VIII. ardeleană din 1744. le scoate definitiv dintre bunurile fiscale, adecă din cele ale statului.

După modesta mea convingere juridică, această lege este decisivă în privința naturei bunurilor. Orișicare ar fi fost origi-

nea și natura acestora, — chiar și dacă n'am putea dovedi începutul pur bisericesc — această lege, enunțarea puterii supreme legislative, exclude toate cercetările și discuțiunile, referitor la situația anterioară, precum nimănui nu-i va trece prin gând, să reclame pe seama Statului actual moșiile metropoliei din Blaj, donate românilor uniți, cu toate că acestea au format vre-odată de fapt un patrimoniu al Statului, care le-a moștenit dela familia principelui Apafi II, decedat fără succesori.

Inființarea fondului de studii catolic ardelean.

Ordinul iesuiților fiind dizolvat de Sfântul Scaun în 1733, era inevitabil a dispune și asupra averilor, cari se aflase în posesiunea lor.

În general a dispus tot Sfântul Scaun și în privința averilor. În Ungaria și Transilvania exista însă o situație specială, deoarece regele ungar se bucura — prin o delegație, dată afirmativ deja primului rege, Sfântul Ștefan — de privilegiul, să reglementeze pe teritoriul regatului său toate treburile materiale și averile bisericești, în calitatea sa de rege apostolic, adică ca delegatul Sfântului Scaun, după buna sa chibzuială.

În această calitate a procedat regina Maria Terezia, referitor la averile iesuiților dizolvați și formarea fondului de studii romano-catolic ardelean, deci nu în calitatea sa de capul statului, ci în baza delegației apostolice speciale a regilor ungari, în numele și pe seama bisericii catolice.

Administrarea fondului de studii catolic ardelean.

În studiul nostru din anul trecut (Ștatușul Romano-Catolic din Transilvania, Cluj, 1932) precum și în recursul nostru, care urmează, am arătat pe larg toate fazele, prin care a trecut în cursul veacurilor administrarea fondului de studii catolic ardelean.

Din punct de vedere juridic un singur lucru trebuie reținut, după modesta mea părere.

Administrarea s'a făcut totdeauna prin organele compuse din credincioși romano-catolici,

iar veniturile au fost întrebuințate totdeauna exclusiv pentru susținerea instituțiilor de educațiune cu caracter fățiș și încontestabil catolic latin.

Ce s'a întâmplat în 1873 ?

În procedura penală, deschisă în contra noastră, suntem învinuiți — după cum știm — că noi, sau mai bine zis, antecesorii noștri ar fi furat în 1873 pe seama Ștatușului Catolic averea fondului de studii, administrat până atunci de așazisa Comisie Catolică. Se afirmă în special — cel puțin așa o cetim în cărțile celebre ale lui Ghibu — că președintele laic al Ștatușului de atunci, Baronul Ludovic Jósika, expolatând situația, că dânsul era și președintele Comisiei Catolice — comisia instituită afirmativ de Stat și pentru administrarea averilor afirmativ ale Statului — a trecut pur și simplu din patrimoniul Statului aceste bunuri în patrimoniul Ștatușului Catolic, abuzând de încrederea, cu care a fost investit în calitatea sa de delegat al Statului Ungar.

Iar noi, nemernicii, cunoscând aceste lucruri, continuăm a sustrage averile Statului dela cei în drept!...

Ce s'a întâmplat de fapt în 1873 ?

Aceleași cauze, care au indicat în Ardeal înființarea fondului catolic de studii, de religione, etc. — și anume, disolvarea unor orduri călugărești au existat și în Ungaria propriu zisă și au determinat pe aceiași domnitori, de a înființa concomitent și în Ungaria fondurile catolice cu aceeași denumire și aceeași destinație, administrate însă — în lipsa unei organizațiuni autonome — de comisiuni, alcătuite prin regele apostolic, ca patron suprem al bisericei, exclusiv din membrii catolici de rit latin.

Declarându-se în 1867 din nou, uniunea Transilvaniei cu Ungaria, guvernele dela Budapesta, în tendința lor în deobște cunoscută, de a unifica chiar și cu furca toate instituțiunile ardelene strămoșești cu cele ungare, după desăvârșirea unificării administrative, judiciare, etc., au stăruit și unificarea bisericească și anume contopirea fondurilor catolice ardelene de studii, de religione, etc. cu fondurile ungare respective.

Aici s'a produs rezistența Ștatușului Catolic și a președintelui său laic, Baron Jósika, care după multe negocieri, obținuse în 1873, ca guvernul dela Budapesta a abandonat definitiv ideia contopirii fondurilor și a consimțit a le încredința — prin rescriptul din 16 Iunie 1873 — administrațiunei Ștatușului Catolic. (Vezi extrasele în anexă.)

Predarea și preluarea bunurilor, aparținătoare la aceste

fonduri, s'a făcut prin delegați speciali, pe baza unor procese verbale, care există și astăzi.

Am ajuns deci la a treia linie demarcațională.

Prima a fost confiscarea integrală la începutul secolului XVII, prin principii protestanți a tuturor bunurilor din fundațiunea Báthory.

A doua este legea VIII. din 1744, care scoate definitiv aceste bunuri dintre bunurile Statului.

Iar a treia este rescriptul din 1873 și predarea și preluarea bunurilor pe baza acestuia.

Toate trei momente formează unele pietre comemorative, care face atenți pe urmași de a nu mai căuta nimic în trecutul întuneric al veacurilor, deoarece situația creată la aceste date, limpezește toate îndoielile și formează baza singur solidă a stării actuale.

Fondul de studii catolic, ungar și ardelean.

Din cele expuse se vede clar, care este deosebirea între fondul de studii catolic ungar și ardelean; cât de deosebit a fost origina și mai ales modul de administrare al acestora. Cel, care nu cunoaște aceste deosebiri, nu se poate atinge de problemele noastre, fără a risca să comită greșeli peste greșeli, precum o face și sentința atacată a Tribunalului Cluj. Iar cel, care cunoaște aceste deosebiri, numai cu cea mai mare recredință poate confunda aceste fonduri și poate cita dispozițiuni, declarațiuni, afirmațiuni etc., făcute referitor la cele ungare și a le aplica la cele ardelene.

Lămurind așa principiul, găsesc ca inutil, să dovedesc de caz în caz greșala acestor afirmațiuni și recredința, ce se manifestă prin aceste încercări.

Un singur lucru trebuie numai relevat, spre a arăta diversitatea, ce s'a făcut în jurul art. XIII al Concordatului.

Fondul catolic regnicolar ungar de studii și de religie avea proprietăți considerabile în teritoriile ungare, alipite României, după cum știu în Bihor și Banat. Aceste proprietăți — în urma reformei agrare — au fost expropriate în întregime. Când s'a încheiat Concordatul, era necesar a clarifica și situația acestor bunuri, resp. a rentelor de expropriere, care urmează a fi eliberate pentru aceste moșii. Atunci s'a stabilit în art. XIII, că aceste fundațiuni rămân în situația de drept, în care se gă-

sesc, adecă rămân expropriate, iar din rentele de expropriere, care se vor elibera pentru ele, va fi înființat celebrul Patrimoniu Sacru.

Art. XIII nu se referă deci la fondul catolic ardelean de studii și de religiune, precum se poate constata și din desbaterile parlamentare, dar și dacă s'ar referat la acestea, n'ar atinge cătuși de puțin situația juridică a acestora.

Ce este celebra falsificare din 1924 ?

Fondațiunile catolice ardelenene au fost administrate dela 1873 prin Consiliul Ștatușului Catolic, în fruntea sa cu episcopul, nestingherit de nimeni, situația lor juridică rămânând neschimbată sub era maghiară. (Raportul Ministrului Instrucțiunii din 1908: „A közoktatásügy Magyarországon” declară pe pagina 112, că biserica catolică are o organizație autonomă în Ardeal încă din timpul principilor calvini.)

Având în vedere, că prescripțiunea cea mai lungă — cea față de persoane juridice drept public — este conform art. 1472 al Codului civil de 40 de ani, este incontestabil, că după împlinirea acestor 40 de ani, adecă în anul 1913, proprietatea și posesiunea noastră devenise neatacabilă, chiar și dacă n'am fi fost introduși în cărțile funduare, ca proprietari.

Sentiința atacată, — sugestionată de adversarii noștri, — citează din era maghiară unele încercări ale unor particulari și mici funcționari, cari au combătut, cu mai multă sau mai puțină pregătire, instituția noastră strămoșească, incomodă și celor dela Budapesta, cari au fost animați la fel de un zel și spirit de etatizare, laicizare și centralizare. Niciodată n'au izbutit însă aceste încercări să modifice sau să influențeze posesiunea și administrarea noastră neturburată.

Intrând cu această situație juridică sub imperiul român, nici prin gând n'a trecut vre-unuia din guvernanții noștri, să atace instituțiile noastre seculare, până la eșirea în arenă în 1923 a lui Ghibu, sub influența căruia, unele autorități ne-au făcut dificultăți, contestând dreptul nostru de a sta în proces. În aceste împrejurări a cerut și a obținut în 1924 episcopul nostru dela Dl Alexandru Lăpedatu, fostul ministru al Cultelor, celebra adresă No. 28.038, prin care se declară, că „Consiliul de Administrație al Ștatușului — reprezentat priu P. S. Voastră (adecă

prin episcopul) – poate sta în instanță în orice chestiuni judecătorești.”

Din această adresă am făcut – exclusiv în românește – mai multe copii autentice, legalizate de notarul public, absolut cu acelaș text și aceste copii legalizate au fost apoi întrebuințate în toate procesele și în fața tuturor autorităților, unde am avut vre-o pricină de rezolvat.

Nu există și nu se va putea arăta nicidecum vre-o copie a acestei adrese, care n'ar fi din cuvânt în cuvânt conformă cu originalul și nicidecum n'am prezentat vre-unei autorități o copie, care ar fi cuprins – în afară de textul original românesc – și traducerea lui în ungurește.

Spre a înlătura acuzațiile și învinurile, aruncate în contra noastră, am tipărit și o broșură în românește, în care am publicat documentele noastre, de seamă, între acestea și celebra adresă No. 28.038, cu textul fidel și pe deplin corespunzător originalului.

Credincioșii noștri aflând despre campania începută contra Ștatușului, au cerut să publicăm pentru lămurirea și potolirea opiniei noastre publice, broșura cu documentele și în ungurește. Am satisfăcut această dorință și aici, în traducerea ungurească, destinată exclusiv pro foro interno, pentru lămurirea credincioșilor noștri, s'a străcurat – din vina și stângăcia profesorului Burnaz, care a făcut traducerea, – o greșală neînsemnată, fiind traduse cuvintele: „poate sta în instanță“ în ungurește: „fellep-het, mint jogi személy“, – adică „poate acționa, ca persoană juridică.“

Această greșală fatală este sursa și cauza tuturor atacurilor, acuzațiilor, învinuirilor; această greșală a fost temeiul procedurii penale, calomniilor neîncetate în presă și tuturor sfidărilor, la cari am fost expuși.

Orice jurist știe foarte bine, că nu pot sta în instanță decât persoane juridice; dacă se recunoaște deci pe seama unei organizații dreptul, de a sta în instanță, i-s'a recunoscut în acelaș timp și personalitatea juridică. Deci fondul este acelaș, și traducerea nefericită de fapt nici nu este așa de greșită.

Avizul contenciosului, dat în această speță, continuă acest punct de vedere, spunând textual: „este incontestabil, că se poate da o adresă către Cons. Dir. al Șt. C., prin care Ministerul să declare, că el poate sta în instanță în orice chestiuni

judecătorești, având o personalitate juridică hotărîtă după legile sale de origine.“ (Vezi O. Ghibu : Un Anachronism pagina 84.)

La fel știe orice jurist, că falsificarea unui act se face numai prin denaturarea conținutului și nicidecum prin traducerea lui, chiar și dacă această traducere ar fi complet greșită, exceptând cazul, dacă traducerea se întrebuintează, ca document propriu, în fața vreunei autorități, ceea ce nu era cazul niciodată.

Am dezvoltat toate acestea în o serie de articole în diferite ziare, am arătat broșura originală românească, cu textul ireproșabil, Dlui procuror Cofescu și tuturor autorităților ; am lămurit chestiunea dela tribuna Senatului – toate înzădar, ni-se strigă totuși neîncetat, că am fi falsificat actele publice !

Lăsăm la aprecierea fiecărui om luminat și de bună credință, să judece câtă reavoință se manifestă în contra noastră, când se exploatează în așafel o traducere stângace și superficială, dar în esență corespunzătoare, făcută de un biet profesor, fără cunoștințe juridice.

Noi credem, că din această întregă campanie se poate deduce cu spirit rezonabil o singură consecință și anume, că domnii profesori să rămână la catedrele lor și să nu se amestece în chestiuni juridice !

Incheierea Concordatului.

Adresa Dlui Ministru Lăpedatu din 1924 și sentința Curții de Apel Cluj No. P. II. 1100 – 10 – 926 din 6 Decemvrie 1926, care a recunoscut formal și cu o motivare juridică ireproșabilă, personalitatea juridică a Ștatușului, au pus lucrurile la punct și ne-au creat pe un oarecare timp o liniște relativă.

Urmează discuțiunile în jurul legii cultelor și a concordatului.

Am comite o mare greșală de tactică și am da prilejul, ca să apară iarăș o carte nouă și poate și mai voluminoasă a lui Ghibu, dacă am încerca să arătăm, care a fost punctul nostru de plecare în această chestiune, ce fel de convorbiri am avut cu persoanele competente, ce fel de declarațiuni s'au făcut în diferite comisuni din partea unora și altora și cum au eșit textele articolului 11 al legii cultelor și ale articolului IX al Concordatului, în redactarea lor definitivă.

Poate că va veni odată timpul, când va fi indicat să ne referim la toate aceste amănunte. Deocamdată credem, că am

expune prin aceste detalii numai la atacuri vehemente unele personalități, care nu merită decât stimă și recunoștință din partea tuturor, dar în special din partea opiniei publice românești.

Discuțiunea pe articole în ședința Senatului din 30 Martie 1928, arată dificultățile, care trebuia, să fie soluționate.

Noi eram convinși că textele definitive ne acordă o ocrotire definitivă, față de toate atacurile.

De fapt, art. 11 din legea cultelor spune, că „Organizțiile cultelor istorice, create și reprezentate în conformitate cu sistemul lor de organizare și prevăzute în statute (comunitățile . . . etc.) sunt persoane juridice”.

Iar art. IX al Concordatului declară că: „Parohiile . . . și celelalte organizații canonic și legal constituite, sunt persoane juridice”.

Textele sunt categorice și până când aceste texte reglementează situația cultelor istorice în România, organizația Statușului Catolic, cu statutele sale străvechi și reprezentată conform sistemului de organizare al bisericii catolice de episcopul competent, părea a fi neclintită.

Cel puțin așa am considerat-o atât noi, cât și toți factorii competenți — politici și bisericești — cari au colaborat la alcătuirea acestor texte.

Canonicitatea și legalitatea.

În primăvara anului 1931 ajunge la cârmă guvernul „expertilor,” în frunte cu Dl Iorga, prin înlăturarea partidelor mari de guvernământ, a liberalilor și național-țărăniștilor, cari au alcătuit legea cultelor și concordatul.

Momentul părea a fi prielnic adversarilor noștri de a încerca o diversiune și a exploata situația, că cei dela cârmă nu erau inițiați în toate amănunțele problemelor, tranșate prin legiuirile precedente.

S'a alcătuit celebra comisiune sub președința Dlui Ghibu, a apărut o carte nouă de 500 de pagini sub titlul: „Un anachronism” și o „sfidare”, s'a încercat interzicerea adunării noastre și s'a desfășurat o campanie grandioasă în ziare și chiar în parlament. Toate aceste lucruri sunt încă recente și deobște cunoscute.

Teza a fost următoarea :

Art. XI al Concordatului asigură personalitatea juridică

numai organizațiilor canonic și legal constituite. Or, statutele Ștatușului Catolic nefiind aprobate nici de autoritățile bisericești și nici de cele civile, Ștatușul Catolic nu intră în prevederile art. IX.

Lupta s'a închis prin încheierea acordului din 30 Mai 1932 și prin aprobarea simultană – atât în numele Sfântului Scaun, cât și în numele Majestății Sale, – a statutelor noastre, mutilate și simțitor modificate.

Publicarea statutelor aprobate, de o parte în Acta Apostolicae Sedis și de altă parte în Monitorul Oficial, a desăvârșit opera.

Că aceste statute au fost înglobate într'un acord internațional, acordă acestora o tărie și un prestigiu accentuat. Esențialul este însă aprobarea și publicarea lor.

Poate veni un guvern român, care să nu respecte acest acord și să denunțe chiar concordatul cu Sfântul Scaun.

Un singur lucru rămâne și atunci în picioare: statutele noastre și chiar fără Concordat și puse numai sub ocrotirea dreptului comun, adecă a legii cultelor, nu se va putea contesta niciodată, că organizația noastră a fost creată în conformitate cu sistemul de organizare al bisericii catolice, de puterea supremă a acestei biserici, de Pontificele Suverane și nu se va putea contesta, că este prevăzută în statute, aprobate în numele Regelui și publicate în Monitorul Oficial al țării.

Aceste considerente ne-au constrâns, să acceptăm mutilarea nemiloasă a autonomiei noastre străvechi, supunerea noastră la toate restricțiunile și controlurile, în așa măsură, încât – precum îl arată cu drept cuvânt Dl Valer Pop, fost ministru, – la redactarea definitivă, venerabilul prelat, Msgr. Andrei Balázs a izbucnit în plâns, spunând: „Ați bătut cuie în picioarele noastre, cum să înaintăm acum pe drumul nostru și așa atât de anevoios!”

Rănile mutilării nu s'au vindecat încă. Aveam însă speranța, că cel puțin vom fi ocrotiți prin acest acord internațional și statutele aprobate de Inaltele Părți Contractante ne vor feri de continuarea atacurilor.

Celebrul schimb de scrisori.

La broșura susamintită este anexat un studiu juridico-politic al Dlui Emil Pușcariu, președintele complectului Tribu-

nalului, care a pronunțat sentința atacată. Titlul studiului este : „Acordul dela Roma, în lumina dreptului internațional.“ Fiind jurist și având un deosebit interes pentru orișicare expunere juridică, am cetit cu mare atențiune studiul Dlui Pușcariu, care m'a lămurit pe deplin despre motivele, care au determinat pe acest distins magistrat de a se pronunța în contra validității acordului dela Roma.

Argumentarea Dlui Pușcariu este următoare :

Acordul nu poate fi o simplă interpretare a art. IX al Concordatului, încheiat conform art. XXII, deoarece acest articol IX a fost deja definitiv interpretat prin schimbul de scrisori cu ocaziunea ratificării, cari exclud expres orișice alte organizațiuni, în afară de cele enumerate limitativ în acest articol. Acordul admitând deci acum o nouă organizație, este în contrazicere cu acest schimb de scrisori, care formează partea integrantă a Concordatului, ratificat de parlament. Acest acord nu este prin urmare o simplă interpretare, ci este o modificare esențială, adecă o nouă convențiune, care trebuie să fie ratificată de Parlament.

Argumentarea apare logică. Are numai un singur cusur. Dl Pușcariu n'a cetit cu atenție acest schimb de scrisori, nu cunoaște problema, care l'a provocat și nici nu și-a luat ostenală, să se lămurească despre fondul chestiunii din debaterile parlamentare, ci a adoptat fără orișice critică o teorie tendențioasă a lui Ghibu, pe care noi am cetit-o deja în diferitele sale articole de ziare, dar nu ne-am bătut capul mai departe, văzând tendința, bătătoare la ochi și știind că toți competenții cunosc foarte bine starea adevărată a lucrurilor.

Ne-am înșelat. Dl judecător Pușcariu a căzut în groapa săpată de Ghibu, acceptând fără control și critică, interpretarea arbitrară și complect greșită, pe care a dat Ghibu acestor scrisori.

Ce împrejurare a provocat acest schimb de scrisori ? Care a fost problema, care s'a deslegat prin aceste scrisori ?

În aliniatul prim al art. IX : „Statul recunoaște Bisericei Catolice, reprezentată prin legitimele ei autorități ierarhice personalitatea juridică.“

Este cunoscut, că după proclamarea unirii și până la votarea legii cultelor, a fost un curent destul de puternic între românii ardeleni de a unifica și situația lor bisericească, reînforcând-o în sânul bisericei ortodoxe-române. Sate întregi, în

frunte cu preoții lor, au abandonat biserica unită cu Roma. Era un moment, când unii optimiști în cercurile ortodoxe au crezut, că vor putea obține o conversiune deplină și chiar desființarea bisericii unite, care s'a apărât cu toate mijloacele, înaintând o serie de procese pentru clădirile bisericești, ocupate de ortodoksi, simultan cu trecerea poporului.

Alineatul prim al art. IX. a îngrijorat cercurile ortodoxe și s'a spus, că în cazul, dacă Biserica Catolică, ca atare, va avea personalitate juridică recunoscută în România, atunci Papa dela Roma va moșteni întreaga avere a parohiilor și episcopiiilor unite, părăsite de credincioși și le va umplea cu străini!

Scrisorile schimbate cu ocaziunea ratificării Concordatului, aveau scopul, să lămurească această îngrijorare și să stabilească, că Biserica Catolică universală și mondială – adică Papa dela Roma – nu-și revendică recunoașterea personalității sale juridice, ci se mulțumește, dacă se recunoaște aceasta personalitate organizațiilor din țară a bisericii catolice și anume: episcopiiilor, parohiilor... și celorlalte organizații canonic și legal constituite.

Desbaterile parlamentare, anexate în extras la recursul nostru, luminează complect pe orișicine, chiar dacă n'ar fi avut ocaziune, să cunoască de mai aproape cauza, care a determinat acest schimb de scrisori și nici negocierile desfășurate în jurul lui. Dar chiar și textul scrisorilor este foarte limpede pentru orișicine, care nu este preocupat și influențat prin unele expuneri tendențioase.

Este foarte regretabil, că Dl magistrat Pușcariu era așa de puțin precaut și a acceptat cu ușurința teoria lui Ghibu, omițând a arunca cel puțin o privire superficială asupra textului scrisorilor.

Acest caz poate convinge însă atât pe Dl Pușcariu, cât și pe ceilalți cetitori ai cărților și articolelor lui Ghibu, cât de puțină istorie și cât de multă politică se face în aceste și la ce riscuri se expune bietul cetitor, care se bazează numai pe aceste „acte și documente,” citate de nenumărateori în sentința atacată.

Este deci valabil acordul sau nu ?

Noi, bieții pătimiși, am putea răspunde, că ne este egal și indiferent.

Acordul este incontestabil foarte important pentru noi și

din două motive. Deoparte în acest acord, Sfântul Scaun și Guvernul Român stabilesc canonicitatea și legalitatea organizației noastre strămoșești, de altă parte acordul este un document prețios, care arată prudența Sfântului Scaun, care menține în serviciul religiei și țării această organizație străveche, dar arată în acelaș timp și înțelepciunea Guvernului Român, care a consimțit să rezolve problema ridicată pe calea amiabilă, evitând în așa fel frământările, care s'ar fi produs inevitabil în urma unor măsuri arbitrare. Aceste foloase morale ale acordului rămân însă în vigoare și în cazul, dacă acordul n'ar fi respectat ulterior sau dacă ar fi chiar denunțat.

Acordul a mai simplificat deslegarea unor probleme, dar ne-a și încâtușat de altă parte. Este incomparabil mai simplu a invoca un tratat internațional recent, redactat chiar în vederea chestiunilor litigioase, dar în fond, n'am avea nimic de temut nici fără acest acord, deoarece – precum am arătat – trecutul istoric pledează puternic în favorul nostru. Și – trebuie să constatăm cu durere, – acordul nu ne scutește de aceste expectorațiuni istorice. Tribunalul, în sentința atacată, se ocupă larg cu toate obiecțiunile, cari pot fi pescuite din veacurile trecute și Di Pușcariu, în studiul său istoric, desvoltă chiar teoria, că acordul nu poate fi recunoscut, deoarece s'a încheiat „din ignorarea adevăratei situațiuni de fapt și de drept”, că „plenipotențiarul Statului nostru a fost victima unei erori” și invoacă principiul, că „și acordurile internaționale pot fi anulate pentru vicii de consimțământ: eroare, dol și violență.”

În consecință putem constata, că acordul n'a eliminat discuțiunile istorice, și noi, vrând-nevrând, trebuie să le acceptăm și le și acceptăm până la capăt, cu fruntea ridicată și conștiinta curată.

Dacă se găesc în trecutul nostru păcate și vicii, acordul nu ne va ocroti, să suferim consecințele acestora. Iar în ceea ce privește bunurile fundațiunilor noastre, acordul stabilește clar, că veniturile acestora vor fi întrebuințate conform voinței fondatorilor și această întrebuințare este supusă unui control dublu și foarte sever.

Dreptatea cauzei noastre nu depinde deci de valabilitatea acordului, cu toate că acordul reglementează acum situația noastră.

Altceva este aici în joc. Autoritatea guvernului, prestigiul țării și numele Înalt al Majestății Sale.

Acordul s'a semnat în numele Majestății Sale, pe baza unui mandat special, dat unui om de Stat, luminat, perfect orientat și bun român. Acordul s'a publicat în Monitorul Oficial și în colecția oficială de legi. Sigur, nu cu intențiunea, ca cetitorii foii noastre oficioase, să primească o descriere amuzantă unei călătorii de plăcere a titularului nostru de Justiție.

Recursul citează, cu numărul și data, adresele guvernului român, prin care acest guvern declară, că consideră acordul valabil și obligător și asigură pe cei interesați — între alții și pe reprezentantul Sfântului Scaun, care este în acelaș timp și doyenul Corpului diplomatic — că se va îngriji de punerea sa în aplicare.

Se găsesc autorități inferioare în Țara Românească, care sunt de altă părere ? Durere, se găsesc ! Este oare datoria noastră a impune și acestora punctul de vedere oficial al guvernului ? Nu !

Și din două motive — nu !

În primul rând am risca, solicitând impacient respectarea acordului, să întărim impresiunea, sugerată tendențios, că noi am fi obținut prin acest acord lucruri nemaipomenite și concesiuni, la cari n'aveam dreptul deplin.

De altă parte, am putea fi acuzați cu drept cuvânt, că manifestăm o atitudine nealeală, când n'avem deplină încredere în semnătura, pusă în numele Majestății Sale ; că n'avem încredere în cuvântul și în semnătura guvernului și n'avem încredere, că țara noastră știe să-și respecte obligațiunile sale solemne și internaționale.

La întrebarea deci, dacă acordul este valabil sau nu, răspunsul nostru este foarte ușor și categoric :

Noi, cetățeni leali și supuși fideli ai Majestății Sale, considerăm acordurile internaționale încheiate și publicate, ca valabile și obligatoare !

Ca acest acord să fie respectat de fapt și din parte tuturor factorilor competenți din țară — nu noi avem cuvântul !

Boziaș, la 27. Octomvrie 1933.

Onisifor Ghibu, „der vollkommene Kenner des ungarischen Katholizismus.“

Von : **Dr. Béla v. Juhos.**

Mit diesem vielsagenden Epitheton ist Herr *Onisifor Ghibu*, Professor an der Klausenburger Universität, von seinen Landsleuten geschmückt worden. Ghibu's Werke über den ungarischen Katholizismus in Siebenbürgen, die seine Konnationalen wahrscheinlich veranlasst haben, ihm den genannten Ehrentitel zu verleihen, würden danach – sollte man meinen – Beachtung auch ausserhalb der engen rumänischen Kreise verdienen. Wenn man jedoch die diesbezüglichen z. T. recht umfangreichen Arbeiten Prof. Ghibu's einer Kritik vom Standpunkte der internationalen Wissenschaft unterzieht, kommt man bald zu Resultaten, die den wissenschaftlichen Wert dieser Bücher so fragwürdig erscheinen lassen, dass man ohne Mühe erkennt, was hier geschrieben wurde, dient der einseitig rumänisch-nationalen politischen Agitation, die den ungarischen Katholizismus aufs bitterste bekämpft und sich nicht scheut, zu diesem Zwecke Verdrehungen und bewusste Unwahrheiten als wissenschaftlich erhärtete Ergebnisse vorzutragen. Missbrauch der Autorität und heiligen Objektivität der Wissenschaft im übelsten Sinne ist es, was O. Ghibu in seinen Werken gegen den leidenschaftlich gehassten ungarischen Katholizismus treibt. Wie wenig übrigens Herrn Prof. Ghibu selbst an dem echten wissenschaftlichen Wert seiner Leistungen gelegen ist, beweisen auch sein nicht selten skandalöses Latein, die oft gänzlich unzutreffende Wiedergabe fremder Texte und vor allem die zahllosen unrichtigen historischen Angaben, die seine Schriften füllen und, sofern sie politisch nicht von Belang sind, ihre Entstehung nur den persönlichen Unkenntnissen und der mangelhaften wissenschaftlichen Schulung des Herrn Professors verdanken.

Eine hübsche Auswahl solcher gewollter und uugewollter „Irrtümer“ und Unzulänglichkeiten aus den, gegen den ungarischen Katholizismus gerichteten Schriften O. Ghibu's bringt *Cyrrill Mészáros* in einer in ungarischer Sprache jüngst erschienenen Broschüre „Kritische Plaudereien“ („Kritikai csevegések“,

Cluj, 1933) zur Veröffentlichung. Aus drei Werken O. Ghibu's entnimmt C. Mészáros nur die augenfälligsten Kuriosa, die geeignet wären den Betrieb an den Lehranstalten und wissenschaftlichen Instituten in Siebenbürgen in Verruf zu bringen, wenn die Erinnerung an den weltberühmten Mathematiker Wolfgang Bolyai schon geschwunden wäre, der seine Studien z. T. in Nagy-Enyed und Klausenburg absolvierte und dann durch Jahrzehnte in Marosvásárhely dozierte – seitdem allerdings haben sich die Zeiten gewaltig geändert.

Die Titeln der besagten drei Arbeiten O. Ghibu's lauten :

1. „Necesitatea unei revizuii radicale a situației confessionale din Transilvania“, Cluj, 1923. („Die Notwendigkeit einer gründlichen Revision der konfessionellen Situation in Siebenbürgen“, Klausenburg, 1923).

2. „Catolicismul unguresc în Transilvania și politica religioasă a Statului Român“, Cluj, 1924. („Der ungarische Katholizismus in Siebenbürgen und die Religionspolitik des rumänischen Staates“, Klausenburg, 1924).

3. „Un anacronism și o sfidare : Statul Romano-Catolic Ardelean“, Cluj, 1931. („Ein Anachronismus und eine Provokation : Der Siebenbürgische Römisch-Katholische Status“, Klausenburg, 1931).

Im folgenden bringen wir nur einige der überraschenden Resultate, zu welchen C. Mészáros bei kritischer Durchsicht der Werke O. Ghibu's geführt wurde. Wir berufen uns dabei immer auf das ebenso gründliche wie treffende Heftchen von C. Mészáros : „Kritikai csevegések“, Cluj, 1933.

Bezüglich der Geschichte von Kirchen, Seminarien, Klöstern und Stiften speziell in Siebenbürgen zeigt Professor Ghibu eine unerlaubte Unorientiertheit, was zur Folge hat, dass ihm diesbezüglich in einemfort Verwechslungen unterlaufen und seine historischen Angaben sich zu einem phantastischen Roman ausarten, der mit den wahren historischen Begebenheiten blutwenig gemein hat. So soll sich nach dem Herrn Klausenburger Universitätsprofessor in Klausenburg eine Benediktinerkirche befunden haben. In Wirklichkeit gab es in Klausenburg nie eine Benediktinerkirche (l. c. S: 6). Diese „Benediktinerkirche“ soll nach Ghibu dort gestanden sein, wo heute die Piaristenkirche steht, und soll von den Benediktinern auf die Franziskaner über-

gegangen sein. In Wirklichkeit stand den Franziskanern an der Stelle der heutigen Piaristenkirche niemals ein Gotteshaus zur Verfügung (l. c. S: 6). Demnach ist es auch nicht möglich, dass die „Franziskanerkirche“, die an dieser Stelle gestanden sein soll, auf die Jesuiten übergang, wie Ghibu es haben möchte; vielmehr haben die Franziskaner ihre Kirche unter Mathias Corvinus an einer ganz anderen Stelle der Stadt errichtet, – haben also keine Benediktinerkirche übernommen – aus der sie dann 1556 zur Zeit der siegreich vordringenden Reformation vertrieben wurden. Diese Kirche, die, wie gesagt, an einer ganz anderen Stelle als die Piaristenkirche heute noch steht, erhielten später die Jesuiten. Diese Patres haben dann nach ihrer feierlichen Rückkehr die ominöse heutige Piaristenkirche erbaut, auf deren Enteignung es Ghibu abgesehen hat und das Recht dazu durch seine phantasievolle Geschichtsschreibung auf Kosten der Wahrheit zu begründen hofft. (l. c. S: 6–7).

Ja, denn das politische Hauptziel, das O. Ghibu mit seinen Schriften verfolgt, ist die Enteignung der Kirchen, des Schulfonds und sonstigen Vermögens des siebenbürgischen Römisch-Katholischen Status zu Gunsten des rumänischen Staates. Seine daraufzielende Leidenschaft verblendet ihn so sehr, dass er sich zuweilen, ohne es zu merken, in seinen eigenen Werken widerspricht, alles nur um die juristisch-historische Berechtigung der heiss ersehnten Enteignung herauszuklügeln. So leugnet er an einer Stelle, wo es gerade zu seinen politischen Absichten passt, entschieden, dass der katholische Studien- und religiöse Fond jemals auch als *«generalis»* charakterisiert wurde, und vergisst, dass er selbst an anderer Stelle mit Nachdruck auf diese früher gebräuchliche Bezeichnung des Fonds hinweist. (l. c. S: 12). Dass Ghibu bei gleicher Gelegenheit fremde Texte unvollkommen wiedergibt und sich auf Stellen in fremden Werken (sogar mit Angabe der Seitenzahlen) beruft, wo die von ihm angeführten Zitate und Daten überhaupt nicht auffindbar sind, ist bloss wiederum ein Beweis dafür, dass die Ausführungen Herrn O. Ghibu's gar nicht wahr sein wollen, sondern dass seine Gedanken vielmehr die leidenschaftlichen Wünsche des Herrn Universitätsprofessors zu Vätern haben. (l. c. S: 10–13).

Herr Prof. Ghibu schrickt nicht davor zurück, den ungarischen Katholizismus, sooft sich dazu Gelegenheit bietet, in der gehässigsten Weise zu verleumden. So errötet er nicht zu be-

haupten, die Tradition des ungarischen Katholizismus kenne nicht den Geist der Opferbereitschaft, sondern nur jenen Geist, der den Staat ausnützt und an ihm schmarotzt (1. c. S: 22). Est ist traurig, dass sich für solche Auslassungen Drucker-schwärze findet und es ist nicht der Mühe wert, die von Ghibu vorgebrachten Argumente kennen zu lernen.

Nach Ghibu soll der ungarische König Andreas II. das griechisch-orientalische Kloster zu Kercz den Rumänen entrissen und es den katholischen Sachsen übergeben haben. Diese historische Neuentdeckung geruht der Herr Professor durch keinerlei Argumente zu stützen, wohl weil es sich um eine reine Ausgeburtsphantasie handelt (1. c. S: 25). Die Michaelerkirche auf dem Hauptplatz in Klausenburg soll nach Ghibu eine zeitlang den Calvinisten gehört haben. Die Geschichtschreibung weiss nichts davon (1. c. S: 29). Johann Hunyadi soll nach Ghibu in Marosvásárhely ein *Minoritenkloster* enteignet und es den Salvatorianern überlassen haben. Die ersten Minoriten kamen 1680 nach Siebenbürgen, 250 Jahre sind aber für Prof. Ghibu nicht der Rede wert. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Kloster der *Marianer*, das aber nicht von Johann Hunyadi persönlich sondern auf sein Ersuchen vom Legaten des heiligen Stuhles Julian Caesarini auf streng kirchengesetzlichem Wege den Marianern abgenommen und den Salvatorianern übergeben wurde (1. c. S: 32–33). Um dem ungarischen Katholizismus jede religiöse Eigenständigkeit absprechen zu können, behauptet Ghibu, die beschauliche, weltabgewandte Lebensweise der westlichen Klosterbrüder sei dem Geiste des ungarischen Katholizismus fremd und Ungarn habe dementsprechend alle religiösen Orden aus dem Westen bezogen. Die Unhaltbarkeit dieser Anwürfe geht aus einem nach Rom gesandten Bericht des Johannes Capistranus, dem man füglich mehr trauen darf, als dem böswilligen und uninformierten Klausenburger Universitätsprofessor, schlagend hervor. Capistranus spricht darin über den von Ungarn gegründeten – also in Ungarn bodenständigen, nicht aus dem Westen importierten – *Paulanerorden* und bezeichnet diese Klosterbrüder als lebende Heilige (1. c. S: 35). Für Professor Ghibu ist das alles unbekanntes Land oder er hält es für ratsam, darüber zu schweigen.

Johannes Hunyadi soll nach O. Ghibu 1442 in Temesvár ein Franziskanerkloster gegründet haben. Die legitime Geschichts-

wissenschaft hat von dieser Gründung keine Kenntnis (1. c. S: 37). Prof. Ghibu lässt Leopold. I. noch 1716 Anordnungen treffen und nimmt daran keinen Anstoss, dass dieser Kaiser und König bereits 1705 gestorben war (1. c. S: 40). Andererseits lässt er Haynald bereits 1856 als siebenbürgischen Bischof sterben, während Haynald de facto 1891 als Kardinal und Erzbischof von Kalocsa gestorben ist (1. c. S: 42).

Und so geht es lustig fort. Weshalb sollte man sich auch die Mühe nehmen und sich über den wahren Lauf der Geschichte informieren? Es ist viel bequemer mit der Geschichte nach Belieben herumzuspringen, man kann so mühelos seinen Zweck erreichen und den Beweis erbringen für das Recht des rumänischen Staates, das Vermögen des Römisch-Katholischen Status in Siebenbürgen zu expropriieren.

Dass Prof. Ghibu zum gleichen Zweck lateinische, ungarische und deutsche historische Dokumente mit grosser Willkür unzulässig übersetzt und unzutreffend interpretiert, kann nach Obigem nicht wundernehmen. Wir verweisen auf die diesbezüglichen Auseinandersetzungen bei *Cyrrill Mészáros* (1. c. S: 48–85).

Uns interessieren hier in erster Linie die wissenschaftlichen Qualitäten des Herrn Prof. O. Ghibu, wie sie sich im Spiegel seiner Arbeiten erkennen lassen. Wenn schon die ihm von seinen Landsleuten zugeschriebene „vollkommene Kenntnis des ungarischen Katholizismus“ bei näherem Zusehen sich als „vollkommene Unkenntnis“ enthüllt, sollte man von einem Universitätsprofessor doch voraussetzen, dass er wenigstens die in der internationalen Wissenschaft gebräuchliche lateinische Sprache zumindest in einem, Gymnasialschülern geläufigen Umfange beherrsche. Aber selbst mit so bescheidenen Ansprüchen darf man an die Werke O. Ghibu's nicht herantreten, wenn man keine Enttäuschung erleben will. *Cyrrill Mészáros* behandelt die Unkenntnisse des Herrn Universitätsprofessors in der lateinischen Sprache in einem besonderen Kapitel (1. c. S: 13–22). Da zeigt sich u. a., dass Herrn Professor Ghibu auch die einfachen Formen der verschiedenen lateinischen Deklinationen nicht geläufig sind. So bildet er und gebraucht wiederholt die Form *oppidibus*, verpflanzt also *oppidum* aus der zweiten in die dritte Deklination, obwohl an der von ihm zitierten Stelle die korrekte Form *oppidis* steht (1. c. S: 14–15). Statt *religio* verwendet Ghibu die unmögliche Form *religia* und dekliniert dieses grammatische

Monstrum nach der ersten Deklination: *religiae* etc. (1. c. S: 15 - 16). Vom lateinischen „ius“, einem der gebräuchlichsten wissenschaftlichen Termini, weiss Ghibu nicht, dass es ein Neutrum ist, und bildet die Form «*ius saecularis*» (1. c. S: 16). Man wird durch diese und noch andere Fehler an die lateinische Schularbeit eines schlechten Gymnasialschülers der unteren Klassen erinnert.

Zum Schluss darf wohl festgestellt werden, dass unter den besprochenen Umständen die internationale Wissenschaft am Erscheinen der Werke des Herrn Professors O. Ghibu wahrlich kein Interesse hat. Wenn Herr Ghibu den wissenschaftlichen Wert seiner Arbeit durch den Hinweis zu heben sucht, dass er der Universität Jena zum Doktor der Philosophie promoviert wurde, so wird diese altberühmte Forschungsstätte sich für diese Auszeichnung bestens bedanken.

Abschied von Jakob Bleyer.

Nicht allein die Deutschen Ungarns trifft durch das Ableben Jakob Bleyers empfindlicher Verlust, sondern Alle, die sich mit dem Problem der Nationalminderheiten befassen und nachfühlen, dass nur dessen Lösung das wahre Einverständnis der beständigen Frieden unter die Völker bringen kann.

Wir alle, die Zeugen seiner unermüdlichen Tätigkeit in der Ausübung seiner Berufspflichten waren, wir, die ihn persönlich kannten, fühlen und wissen, dass seine leergewordene Stelle auszufüllen sehr schwer sein wird.

Jakob Bleyer musste auf seinem Weg sich mit zweiseitigem Unverständnis abfinden. Der grösste Teil der ungarischen öffentlichen Meinung bewarf ihn mit Inkonsequenz, ja sogar mit Verrat, vor den Führern anderer deutscher Nationalminderheiten aber schienen seine Äusserungen unverständlich, laut welchen er sich als einen integranten Teil der ungarischen Nation erklärte. Vor diesen ist der Begriff „Wir Deutsch-Ungarn“ von jeher unbegreiflich gewesen und ist es auch bis heute.

Wir aber, die jene Vergangenheit kennen, aus der die deutsche Minderheitspolitik Ungarns hervorging, wir wissen sehr wohl, dass jene historische Entwicklung es war, die Bleyer zu der Persönlichkeit gestaltete, welche er war, er also nicht mit Inkonsequenz oder Verrat beschuldigt werden kann.

Dem ungarischen politischen Leben und der ungarländischen deutschen Minderheit können wir unsererseits für das neue Jahr nichts Besseres wünschen, als dass an die Spitze dieser Minderheit solch ein Mann gelangen möge, den wir als den würdigen Nachfolger Jakob Bleyers betrachten können.

Dr. Elemér v. Jakabffy.

Kurze Bemerkung zu den Wahlen in Rumänien.

Schon im Herbst wiesen immer mehr Anzeichen darauf hin, dass Julius Maniu's und Alexander Vaida-Voivod's nationale Bauernpartei unaufhaltsam der Auflösung entgegengeht. Die Gerüchte von einer Regierungskrise überraschten also niemand, nur darüber war man im Zweifel, wen der König mit der Regierung betrauen wird.

Die alt-liberale Partei ist noch immer die gouvernementalste und ihr Führer, I. G. Duca hat auch im Ausland Ansehen. Duca und seine Genossen taten aber nach der Rückkehr des Königs vor drei Jahren solche Äusserungen, deren Wiedergabe zweifellos strafgerichtliches Verfahren nach sich ziehen würde, weshalb viele bezweifelten, dass der König, dieses vergessend, die Regierung in Duca's Hände legen würde. Eben diese Äusserungen Duca's und Konsorten verursachten auch den derzeitigen Zerfall der liberalen Partei, sozwar, dass deren eine Gruppe unter die Führung Georg Bratianu's geriet, der sogleich seiner absoluten Loyalität dem König gegenüber Ausdruck gab. Es schien also wahrscheinlich, dass er das Regierungsoberhaupt werde und seine Partei Verstärkung durch jene kleinere Parteien suchen werde, die ebenfalls ausdrückliche Zeichen ihrer Loyalität kundgaben.

Der Herrscher betraute Duca mit der Gestaltung des Kabinetts und selbstverständlich auch mit der Durchführung der Wahlen.

Während sieben Jahren wählten wir nun zum sechstenmal die Mitglieder der Gesetzgebung.

In ganz Europa gibt es keinen Staat, wo so viele Wahlen gewesen wären. Diesen Umstand näher zu erklären sei Folgendes gesagt.

Im Jahre 1926 führte die damalige liberale Regierung die Methode der Premien bei den Wahlen ein. Das bedeutet, dass die Partei, welche mindestens 40% der gesamten Stimmen er-

reicht, als Mehrheitspartei erklärt wird und damit die Hälfte der Abgeordneten-Mandate bekommt, ausserdem noch von der zweiten Hälfte so viele Prozente, als sie bei den Wahlen erreichte. Nachdem die Gesamtzahl der Mandate 387 ist, bekommt die Mehrheitspartei deren Hälfte, das heisst 193 und wenn die Verhältniszahl ihrer Stimmen 50⁰/₀ beträgt, so bekommt sie noch von den übriggebliebenen 194 deren 50⁰/₀, sozwar, dass die Mehrheitspartei mit 290 Mandaten in die Kammer einzieht. Den gesamten oppositionellen Parteien bleiben 97 Mandate übrig. Über einige unbedeutende Verfügungen des Wahlrechtes, die dieses Resultat einigermaßen umformen könnten, wollen wir uns nicht weiter verbreiten.

Dieses Premium-Verfahren bringt es mit sich, dass nach jedem Regierungswechsel gewählt werden muss und verursacht jenes, vor dem Ausland unverständliche Resultat, demgemäss nach jeder Wahl die gewesene Regierungspartei zu verschwindender Minorität zusammenschrumpft, die neue Regierung aber riesenhafte Mehrheit besitzt. In 1927 z. B. konnte die abtretende Averescu-Partei nicht einen einzigen Boten in die Kammer entsenden, ihr Nachfolger in der Regierung – die erst vor einem Jahr durchgefallene liberale Partei – gelangte aber zu 318 Mandaten. Als ein Jahr später die nationale Bauernpartei ans Ruder kam, erlangte diese 348 Mandate, die liberale Partei behielt aber nur 13 Mandate. Im Jahre 1931 liess Nikolaus Jorga wählen, der, nachdem seine Partei ganz unbedeutend war, mit den Liberalen einen Kartell schloss, wonach Jorga und Duca miteinander 289 Mandate erreichten, der nationalen Bauernpartei aber nur 30 Mandate übrig blieben, um ein Jahr später, als wieder ihre Partei wählte, mit 274 Abgeordneten zur Regierung zu gelangen.

Niemand ist also vom Ergebnis der gegenwärtigen Wahlen überrascht, laut welchem Ducas Partei mit 300 Mandaten hervorging und niemand wird es wundern, wenn die Liberalen nach einem Jahr, bei neuen Wahlen zur Zwerg-Minorität verschwinden.

Bei solcher Wahlmethode ist es natürlich, dass dem Ungartum in Rumänien niemals seinem Zahlenverhältnis entsprechende parlamentarische Vertretung zukommt. Dies ist umso selbstverständlicher, als mit Ausnahme eines einzigen Wahlkampfes, (in 1928), jedesmal ungesetzlich und terroristisch gewählt wurde.

Das Ungartum Rumäniens versuchte zum erstenmal im Jahre 1922 in die Kammer zu gelangen. Damals wurden von 25 Kandidaten 20 unter lächerlichsten Vorwänden zurückgewiesen, von den übrigen kam ein einziger in die Kammer, bei den Stichwahlen noch zwei. Nach dieser Erfahrung schlossen wir in 1926 ein Kartell mit der zur Regierung gelangten Averescu-Partei, wonach wir in der Kammer 14 und im Senat 12 Plätze erlangten. Im folgenden Jahr liess sich mit den Liberalen kein Übereinkommen schliessen, dafür kam unser Wahlblock mit den

Deutschen vereint zustande. Dieser hatte das Ergebnis, dass wir nur 8 Abgeordnete in die Kammer und einen Senator erreichten. Vollkommen selbständig nahmen wir den Wahlkampf zum erstenmal im Jahre 1928 auf, als wir das grösste Resultat erzielten: 16 Abgeordnetenmandate und 6 Senatorplätze. Im Jahre 1931, als Iorga wieder mit den Liberalen vereint wählen liess, verriet sich die Taktik der Letzteren an unserem Ergebnis: wir bekamen 10 Mandate und 2 Senatorstellen. Im vergangenen Jahr war unser Wahlergebnis wieder günstiger, da wir 14 Abgeordnete und 3 Senatoren entsenden konnten. Schliesslich ergab die jüngst abgehaltene Wahl, welche ebenfalls mit „liberalen“ Mitteln vor sich ging, für uns wieder nur 8 Abgeordneten- und 3 Senatorplätze.

Und trotzdem erfüllt uns dieses Ergebnis mit Stolz. Diese Mandate sind keine Gnadengeschenke, sondern unglaubliche Mühen, jegliches Hindernis unentwegt niederkämpfende, ungebrochene Treue unseres Volkes zu seinen Führern gab sie uns in die Hände. Schon wochenlang ahnten wir voraus, dass die „liberale“ Methode unsere Reihen wieder verringern wird. Und als wir in grimmiger Kälte, nach 15–20 kilometerlangen Schlittenfahrten zu den Dörfern kamen, wo dann der Gendarmerie-Wachtmeister erklärte, laut vorgewiesenem Erlaubnisschein des Prefekten könne er die Volksversammlung nicht erlauben, denn er hätte Weisung erhalten, bloss auf weissem Papier geschriebene Erlaubnis sei gültig, die unsrige aber ist rosafarbig: da wussten wir, dass unsere Volksmassen nur zumteil vor die Urnen gelangen werden und das diesen entnommene Ergebnis nur der Ausdruck des Willens der liberalen Herren sein wird.

Geringer an der Zahl, aber ungebrochen wollen wir nun dennoch den Kampf aufnehmen, hoffend, dass es uns gelingen wird, die Grundfesten unseres nationalen Daseins in eine bessere Zukunft hinüberzuretten.

Keine „Balkan-Union“, kein „Balkan-Pakt“ ... ohne vorherige Regelung der Minderheitenfrage.

Wenn auch manche in letzter Zeit auf dem Balkan stattgehabte Ereignisse, wie die Zusammenkünfte der Könige und der Staatsmänner der Balkan-Staaten, erfreulicherweise eine Entspannung der Balkan-Atmosphäre bedeuteten, so bleibt als Tatsache nach wie vor bestehen, dass eine wirkliche Befriedung des Balkans unmöglich ist, bevor nicht eine vorherige Verständigung zwischen den betreffenden Staaten in der Minderheitenfrage erfolgt.

Die kürzlich in Saloniki stattgefundene IV. Balkan-Konferenz hat an dieser Grundlage einer Verständigung der Balkan-Staaten und Balkan-Völker nichts geändert. Gewiss ist zu begrüßen, wenn auf diesen Konferenzen in einzelnen Fragen, so wirtschaftlicher oder verkehrstechnischer Art, die gemeinsamen Interessen betont und Gegensätzlichkeiten gemildert werden, jedoch hat eine Auseinandersetzung über die hauptsächliche Frage – die Minderheitenfrage – stattgefunden, da die Delegierten Jugoslawiens, Griechenlands und Rumäniens sich stets den Forderungen und Vorstellungen der Delegierten Bulgariens wegen Behandlung der Minderheitenfrage auf den Konferenzen widersetzen. Auf der III. Balkan-Konferenz in Bukarest erfolgte aus diesem Grunde ein Abzug der bulgarischen Delegation. Auf der II. Balkan-Konferenz in Istantbul war den Vertretern Bulgariens zugesichert worden, dass die Minderheitenfrage auf der nachfolgenden Konferenz verhandelt würde; als dies nicht geschah, zogen die Bulgaren in Bukarest die Konsequenzen. Das Schauspiel in Saloniki ist von der gleichen Art, wie die Schauspiele in Athen, Istantbul und Bukarest...

Von Interesse sind einzelne Pressestimmen, wie sie vor Beginn der letzten Balkan-Konferenz hörbar wurden. In diesen Presseäußerungen aus bestimmten Staaten des Balkans wurde die Befürchtung laut, dass die Minderheitenfrage doch noch zur Behandlung auf der Konferenz gelangen könnte. Sehr charakteristisch ist in diesem Sinne eine Äußerung des Athener „Ethnos“, der kurz vor der Tagung in Saloniki schrieb: Es sei damit zu rechnen, dass die bulgarische Delegation auf der Konferenz versuchen werde, das „Werk der Pazifizierung“, dem sich die anderen an der Konferenz beteiligten Staaten hingegeben hätten, zunichte zu machen, indem sie die Frage der Minderheiten aufwerfen werde. Deswegen sei es wünschenswert, dass die anderen beteiligten Delegationen sich in einer Aktion dahin einigen, um jeglichen Bestrebungen solcher Art entgegenzutreten. Bulgarische Blätter erklärten hierauf, dass wenn ein Staat das Recht hätte „nervös“ zu sein, dieses nur Bulgarien sein könne, welches man seit Jahren bei allen Konferenzen in der Minderheitenfrage hinziehe.

Das Minderheitenamt in Rumänien.

Eine Erklärung des Unterstaatssekretärs Nistor.

Im neuen Kabinett des Führers der rumänischen Liberalen Duca ist Prof. Iancu Nistor, Minister für die Bukowina, zum Leiter des Unterstaatssekretariats für die Minderheiten ernannt worden. Aus Bukarest trifft die Nachricht ein, die von Prof. Nistor bestätigt wird, dass bei der neuen Regierung die Ab-

sicht bestünde, das Unterstaatssekretariat für die Minderheiten in ein Ministerium umzuwandeln.

Unterstaatssekretär Nistor weilte kürzlich in der Bukowina. In Czernowitz, wo er von Vertretern der Behörden, ebenso von Vertretern der Minderheiten festlich empfangen wurde, äusserte er in einer Ansprache zur Minderheitenfrage und deren Behandlung durch die neue Regierung u. a. : Dem Minderheitenproblem wird die liberale Regierung die grösste Aufmerksamkeit widmen, was am deutlichsten durch die bevorstehende Gründung eines eigenen Minderheiten-Ministeriums bewiesen wird. Wir wollen mit allen Minderheiten brüderlich zusammenarbeiten und im Rahmen der Möglichkeiten das beste Einvernehmen zu ihnen herstellen. Ich und die Regierung lehnen es aber ab, dass Minderheiten eine andere Politik treiben, als eine den rumänischen Interessen entsprechende.

In der „Czernowitzer Deutschen Tagespost“ äussert der deutsche Abgeordnete Doktor Lebouton : Die Tatsache, dass ein Historiker und Politiker vom Range Professors Nistors mit der Leitung dieses Amtes betraut wurde und dieses in ein richtiges Ministerium umgewandelt werden soll, scheint dafür zu sprechen, dass die liberale Partei die Absicht hat, eine Lösung zu finden, um die berechtigten Wünsche der Minderheiten mit den Interessen des Staates in Einklang zu bringen.

Die gegenwärtig wieder zur Regierung gelangte liberale Partei hatte, während sie sich in früheren Jahren an der Macht befand, den Minderheiten gegenüber stets systematisch einen scharfen Kurs geführt. Als sie dann später in Opposition zu den nachfolgenden Regierungen stand, haben ihre Führer — insbesondere vor den Wahlen — den Minderheiten mancherlei Versprechungen gemacht. Bei dem Antritt neuer Regierungen sind den Minderheiten ebenfalls immer Zusicherungen gegeben worden. Die Minderheiten in Rumänien haben, da die Versprechungen in der Folge nicht erfüllt wurden, reichlich Enttäuschungen erfahren. Es sei in diesem Zusammenhange an eine Erklärung erinnert, die der zurückgetretene Vaida-Voevod bei seinem Regierungsantritt abgab : „Ich glaube, dass wir den Minderheiten gegenüber die Verpflichtung haben, die Erfüllung der Karlsburger Beschlüsse zu betreiben. Ich halte dafür, dass wir den Minderheiten nicht nur die uns nach den Friedensverträgen auferlegte Rechtslage sichern müssen, sondern durch die Einreihung der Minderheiten in die seelische Struktur des rumänischen Staates vor allem auch dem rumänischen Volke nützen. Nur durch die einfache Tatsache, dass wir das Gesetz heilig achten, schaffen wir uns eine günstige Stellung in der Aussenpolitik und sichern uns gute Beziehungen zu den Nachbarn...“ Unter der Regierung von Vaida-Voevod hat sich die Lage der Minderheiten in Rumänien nicht gebessert. Wird die neue liberale Regierung an eine Verwirklichung ihrer Versprechungen gehen ?

CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT :

	Seite
Le comte Albert Apponyi. Par Arthur de Balogh	1
„Contemptus Germanorum erga Hungaros.“ Von: Dr. Elemér Jakabffy	5
Offener Brief an Herrn Schmidt-Rohr	7
„Die Degradierung der Staatsgrenzen zu einem geographischen Begriff“	10
Genf und die Minderheiten. Von: Sejmabgeordneten Kurt Graebe	11
Minderheitenfragen vor dem Völkerbundrat	17
Die Äusserung des neuen Staatssekretärs für Minderheiten in Rumänien	18
Ungarische Geldinstitute in der Slowakei und in Ruthenien. Von: Dr. Béla K. Rados	19
Wer wird Nachfolger Azcarates?	30
Ein Rat aus England für Jugoslawien	31
Kampf der Russen Bessarabiens um ihre Kirche	32
Dacă s'ar economisi în realitate . . . de: Br. Jósika János	41
Unser Memorandum an den Minderheitenstaatssekretär Michael Şerban	43
Serbiens Kirche greift an	59
Une lettre du Dr. Y. Krnyevitch aux ministres des affaires étrangères de Roumanie et Tchecoslovaquie	63
Nationale Minderheit und Sokol	64
Aus der Auslandspresse. Schweizer Blätter über die „ungarischen“ Schulen in Rumänien. – Lupu's Äusserung in den „Freiburger Nachrichten“. – Die Behandlung der rumänischen Minderheit in Jugoslawien. – Die Minderheiten und die Liberale Partei	69

Die Osterpresse und die Minderheitenfrage in Ungarn . . .	71
Briefwechsel in der Angelegenheit der Satmarer Assimilierten	81
Ministerpräsident Julius Gömbös über die deutsche Minderheitenfrage in Ungarn	90
Eine Erklärung des Abgeordneten Jakob Bleyer	92
Discurse D-lor dr. Elemér Gyárfás, prof. N. Iorga și I. P. S. S. dr. Miron Cristea, Patriarhul României la ședința senatului de la 29 Martie 1933, despre Convențiune relativă la reglementarea școlărilor primare din Banat	93
Convention relative au régime des écoles primaires minoritaires dans le Banat	100
Die Schweizer Presse über die Behandlung der Minderheiten in Rumänien	107
La minorité bulgare de Roumanie	110
Minderheitenpolitik mit „ordonanța de plata.“ Von: Dr. Andreas Vuchetich	113
Graf Stefan Bethlen über die Minderheitenpolitik	116
Weitere Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös über die Minderheitenfrage	124
Warum es in Rumänien ungarfeindliche Pogrome gibt? . . .	125
Die Gründung der Internationalen Studenten-Liga zur Neugestaltung Europas. Die Sofioter Konferenz	127
Die Greuelthaten um Torda in der Schweizer Presse . . .	128
Beschwerde Bernheim vor dem Völkerbundrat. 72. Session des Völkerbundesrates	130
Aide-Mémoire du Conseil Slovaque adressé à la Société des Nations	138, 170
Das Problem des Deutschtums in Ungarn	153
Teuto-turanischer Froschmäusekrieg	164
Wie Rumänien und Jugoslawien den Völkerbund zum Narren halten	168
Die schwarze Fahne mit dem Totenkopf	177
Serbischer Boykott der deutschen Zeitungen	178
Die Schweizer Presse über die Behandlung der Minderheiten in Rumänien	179
„Heraus mit der slowakischen Autonomie!“ „Die Schande von Neutra“	180

Das deutsche Reichskonkordat und die muttersprachlichen Rechte der Minderheiten	181
Gegen Brandsch	182
Der IX. europäische Nationalitätenkongress in Bern	185
Reichskonkordat und Minderheitenschutz	207
Die Staatssubvention der Kirchen in den von Ungarn abgetrennten und Rumänien zugefallenen Gebieten in den Jahren 1930–1933. Veröffentlicht von: Andreas R. Szeben	215
Wie man in den Nachfolgestaaten die konfessionellen und nationalen Minderheiten und ihre Petitionen an den Völkerbund behandelt	220
„Narodna Odbrana“ über die Ungarn und Serben	223
Le problème des minorités à la XIV ^e Session de l'Assemblée de la Société des Nations	225
Unsere Angelegenheit als Probierstein der europäischen Politik. Von: Dr. Elemér Jakabffy	253
Statutul Catolic Ardelean și Acordul de la Roma	256
Onisifor Ghibu, „der vollkommene Kenner des ungarischen Katholizismus“. Von: Dr. Béla v. Juhos	274
Abschied von Jakob Bleyer	279
Kurze Bemerkung zu den Wahlen in Rumänien	280
Keine „Balkan-Union“, kein „Balkan-Pakt“ . . . ohne vorherige Regelung der Minderheitenfrage	282
Das Minderheitenamt in Rumänien. Eine Erklärung des Unterstaatssekretärs Nistor	283

Bücher und Zeitschriften.

„Les Minorités Nationales“	33
Epstein Leo: Studienausgabe der tschechoslowakischen Verfassungsgesetze	34
„Die Statistik im Dienste der Volkspolitik“	75
Karl v. Loesch: Das Antlitz der Grenzlande	111
„Südosteuropäische Rundschau“	183

Documente.

Părerea Partidului Maghiar în chestia reducerii retribuțiilor funcționarilor publici în adunarea deputaților ședința dela 10 Februarie 1933	35
Părerea Partidului Maghiar în chestia de înăsprire a legii Mârzescu. (La ședința camerei ținută în 6. Martie 1933	76

Statistische Mitteilungen.

Deutsche Minderheitsschulen in Ungarn	39
---	----
